

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattverlag

6 Heller-Höfe eröffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassentor: Frankfurt a. M. Nr. 7400.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblattverlag Nr. 699-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postkassentor: Frankfurt a. M. Nr. 7400.

Zeitungssprei: Durch den Verlag bezogen: M. 3.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: M. 5.50 monatlich, M. 16.50 vierteljährlich, mit Be-
stellschein. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabezeiten, die Tages- und alle
Postkassentor. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entfallenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.40, betriebl. Anzeigen M. 1.50, aus-
wärtige Anzeigen M. 1.75. — Für die einspaltige Kolonizelle oder deren Raum. — Bei wochen-
weiser Aufnahme unterbrechungsfreier Anzeigen entsprechende Nachsch. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Freitag, 11. Februar 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 69. ♦ 69. Jahrgang.

Reichsfinanzen und Ententeforderungen

Von Dr. Fackelde, M. d. R.

78 Sitzungen hat der Hauptausschuß auf die Be-
ratungen des Etats seit vorigen Herbst verwendet. Ab-
striche sind dabei nur in ganz geringfügigem Maße er-
folgt; es kamen im Gegenteil Wünsche nach Erhöhungen
bei den verschiedensten Titeln zum Ausdruck. Am Schluß
des mit dem 31. März ablaufenden Finanzjahres steht
ein Fehlbetrag von 80 bis 90 Milliarden Mark. Auf
79 Milliarden wurde er bereits vor 2 bis 3 Wochen ge-
schätzt. Inzwischen aber sind weitere Forderungen
großen Stils hinzugekommen und neue stehen in Aussicht.

Für die Erwerbslosenunterstützung ist bereits etwa
1 Milliarde Mark ausgegeben. Eine zweite Milliarde
wurde in einem Ergänzungsetat des Arbeitsministe-
riums loeben gefordert und bewilligt. Davon sollen
etwa 50 Millionen monatlich zur Unterstützung, der
Rest zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit verwendet
werden. Für Wohnungswesen haben Reich, Länder
und Gemeinden seit dem November 1918 4.2 Milliarden
ausgegeben, ohne daß die Wohnungsnot dadurch fühl-
bar gemindert wurde. Um nicht auch das Baujahr 1921
ungenügend vorübergehen zu lassen, entschloß sich die Finanz-
verwaltung, über das bisher Geleistete hinaus noch
1 1/2 Milliarden an Vorschüssen für Länder und Gemein-
den zu bewilligen, welche ihrerseits durch später einzu-
führende Steuern dafür Deckung bieten sollen. Ob das
Reich tatsächlich wieder zu seinem Gelde kommt, ist
tatsamwegs sicher. Einstweilen schafft die Notenpresse
Deckung.

Ein weiterer in den geschätzten 79 Milliarden nicht
enthaltener Ausgabeplan betrifft die Zuwendungen
des Reiches an die Länder für Gehalts-erhö-
hungen. Über die 20 Milliarden hinaus, welche die Be-
schlagnahme und das Pensionsergänzungsge-
setz fordern, muß das Reich zur Bestreitung der neuerdings
bewilligten Teuerungszuschläge etwa 4 weitere Milliar-
den zahlen. Die Länder empfangen einen Zuschuß, die
Gemeinden nicht. Der Reichsrat hatte gebeten, wenig-
stens 100 Millionen auszuwerfen, damit bedürftige Ge-
meinden in die Lage gesetzt werden, die erhöhten Ge-
hälter zu bezahlen. Welche Gemeinden sind aber heute
nicht bedürftig oder würden sich nicht als bedürftig be-
zeichnen, sobald es gilt, aus einem Fonds Zuwendungen
zu erlangen. Die 100 Millionen wären dann nur ein
Tropfen auf den heißen Stein.

5 1/2 Milliarden sind kurzfristig zur Verbilligung
von Auslandsgetreide, 1.3 Milliarden zur Verbilligung
von Auslandsmais für Futterzwecke, 500 Millionen
für phosphorsäurehaltige Düngemittel, 277 Millionen
für Frühbrückprämien bewilligt worden. Nach Mil-
liarden zählende Opfer werden noch erforderlich, um
die Ansprüche der Reeder zu befriedigen, die ihre Han-
delsflotte wieder herstellen wollen. Viele Milliarden
sind nötig, um die Auslandsdeutschen zu entschädigen,
die im Krieg ihr Vermögen verloren haben. Es braucht
ferner nur eine neue Teuerungswelle oder infolge der
beabsichtigten Änderung der Mietsordnung eine erheb-
liche Mietssteigerung zu kommen: dann ist eine neue
Lohn- und Gehaltsbewegung da, die wiederum Milliar-
den verschlingt.

Die Finanzlage ist also über alle Maßen trostlos.
Dazu kommen die Propositionen des Feindbundes, die
sich, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, in Devisen
verwandeln und mit Sanktionen enden werden. Noch
sind es Vorschläge, bald werden es Vorschriften sein,
deren Nichterfüllung die angedrohten Strafen nach sich
ziehen. Wie wir bei der im vorstehenden geschilderten
Lage unserer Finanzen aber Summen von geradezu
astronomischen Größenverhältnissen zahlen sollen, ist das
Geheimnis der Entente.

Neue Steuern werden angekündigt auf Zucker,
Süßholz, Branntwein, Devisen, Versicherungen und auf
Kohle. Aber selbst, wenn der Reichstag, was keineswegs
feststeht, sie alle bewilligen sollte, würden höchstens
einige Milliarden Papiergeld herauspringen, welche
zu den erstmalig geforderten 2 Milliarden Goldmark
außer allem Verhältnis stehen. Wieder müßte die
Notenpresse helfen. Die jetzt bereits 171 Milliarden
betragende schwebende Schuld stiege ins Ungeheure
weiter. Damit aber würden wir uns den Geld- und
Marktverhältnissen Österreichs nähern, das uns in dieser
Richtung immer nur 1 1/2 Jahre voraus war.

Die deutschen Gegenvorschläge auf der Londoner Konferenz.

Mz. London, 9. Febr. Neuer verzeichnet ebenfalls
die Version aus Pariser politischen Kreisen, wie sie
havas bereits gemeldet hat, daß die Deutschen ge-
mäß den Rechten aus dem Friedensvertrag auf der
Londoner Konferenz gehört werden sollten.
Wenn sie irgendwelche neuen Gegenvorschläge unter-

breiteten, um das Pariser Abkommen zur Durchführung
zu bringen, so sei es möglich, daß diese Vorschläge ge-
prüft würden; wenn die Deutschen dagegen versuchten,
die Bestimmungen dieses Abkommens zu verschleichen, so
würden sich die Alliierten darauf nicht einlassen. —
„Daily Chronicle“ sieht die Antwort der deutschen Re-
gierung auf die Einladung der Alliierten zur Teilnahme
an der Londoner Konferenz als eine eingeschränkte
Annahme an. Das Blatt schreibt, man könnte sich,
obgleich wenige es erwarteten, eine Reihe von prakti-
schen deutschen Gegenvorschlägen denken, die die allii-
erten Regierungen ihren eigenen Vorschlägen einver-
leiben oder gar an Stelle dieser eigenen setzen würden.
Zugleich hätten jedoch die Alliierten das letzte Wort,
und jedem Gedanken daran, gegen den Willen der
Alliierten die deutschen Vorschläge an Stelle derjeni-
gen der Alliierten zu setzen, könne, wenn die Zeit käme,
energisch entgegengetreten werden. Die deutsche Note
sehe nicht zu verstehen, daß die Deutschen die Vorschläge
der Alliierten als unannehmbar bezeichneten, sondern
nur, daß die Vorschläge nicht den einzigen Ausgangs-
punkt der Erörterung bilden könnten. Wenn die deut-
sche Delegation jedoch einen solchen Vorschlag später
machen sollte, so müßte dem natürlich energisch entgegen-
getreten werden.

Gegen die Ententeforderungen.

W.T.B. London, 9. Febr. In einer Unterredung mit
dem Berliner Berichterstatter der „Daily News“ erklärte
Prinz Max von Baden, die Staatsmänner der Alliierten
würden wohl, daß die in Paris aufgestellten Forderungen
unerschütterlich seien. Unmöglische Bedingungen würden
Deutschland auferlegt, damit die angedrohten Sanktionen
zur Durchführung gebracht werden können. Prinz Max
sagte: Die Regierung Behrensdorff-Simons wird nicht
anzuerkennen. Wir sind aber bereit, uns in eine
Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und
die Besetzung des Ruhrgebietes nach sich ziehen wird, zu
schicken, als mit eigener Hand unseren Kindern und Enkeln
die Ketten anzulegen, die uns jetzt fesseln.

Verlängerung des Einspruchstermins gegen die oberösterreichischen Stimmlisten.

Mz. Berlin, 10. Febr. Die interalliierte Kommission in
Oppein hat die Frist für Einsprüche gegen die Ablehnung
der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar,
abends 6 Uhr (in Oberösterreich eingehend), verlängert.
Hiernach ist es erforderlich, daß die Ortsgruppen der ver-
einigten Verbände heimatreuer Oberösterreicher die letzten
Einsprüche spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege
zur Ablehnung bringen. Wer nicht bereits eine vom parti-
zialen Ausschuss unterzeichnete Mitteilung über keine er-
folgte Eintragung in die Stimmlisten erhalten hat, muß
sich sofort bei der zuständigen Ortsgruppe melden und Ein-
spruch erheben, diesfalls die diesbezüglichen Ablehnungen
oder bloße Empfangsbestätigungen wagen. Wer
nicht Einspruch erhebt, verliert sein Stimmrecht.

Verchiebung der landwirtschaftlichen Woche.

Br. Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die all-
jährliche landwirtschaftliche Woche, die sonst Anfang Februar
abgehalten wird, ist in diesem Jahre wegen der Land-
tagswahlen auf Ende Februar verschoben. Sie wird
am 26. Februar mit der Tagung der Landwirtschaftsge-
sellschaft beginnen. Bemerkenswert ist, daß in diesem Jahre
die Generalversammlung des Bundes der Landwirte ausfallen
wird. An ihre Stelle tritt die erste Tagung des neu gegrün-
deten Reichsverbandes der Landwirte, der damit wohl das
Erbe des Bundes der Landwirte antreten dürfte. Die
Tagung findet am 8. März statt.

Ein Steckbrief.

Br. Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie Graf
Reventlow in seinem Reichstag „mitteilt, hat die
dänische Staatsanwaltschaft einen Steckbrief gegen den
früheren Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ in
Kopenhagen, Herrn P. M. Cahen, erlassen, der im Ber-
liner Auswärtigen Amt persönlicher Briefwechsel des Staats-
sekretärs Brodorski-Kanbau war.

Verlängerung des Völkerbundsmandats der Saar- regierung.

Mz. Genf, 10. Febr. Gemäß einem vom Völkerbund am
18. Dezember v. J. gefassten Beschluß hat der Generalsekretär
des Völkerbunds nunmehr die Mandatsdauer des Präsi-
den und der drei Mitglieder der Regierungskommission des
Saargebietes verlängert. Die Mitglieder der Regierun-
gskommission (Raoul, Präsident, Kommandant Lambert, Graf
Rothschild und R. D. Waag) wurden bekanntlich am
18. Februar 1920 auf die Dauer eines Jahres ernannt. Ihr
Mandat ist am 5. Januar um 1 Jahr verlängert wor-
den bis zur Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbun-
dsrats, der sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage be-
schäftigen wird.

Poincaré über die Ursachen des Weltkrieges.

Mz. Paris, 10. Febr. (Drahtbericht.) Der ehemalige
Präsident Poincaré hält eine Reihe von Vorträgen über
die Ursachen des Weltkrieges. Im gestrigen ersten Vortrag
erläuterte er die Beziehungen zwischen Frankreich und
Deutschland in den Jahren 1870 und 1911 und während den
letzten Tagen, die dem Ausbruch des Krieges vorausgingen.
Er sagte, Deutschland habe den Krieg gewollt, weil es ihm
nicht gelungen sei, das zu erreichen, was es erwartet hatte,
nämlich die Vergewaltigung zu veranlassen. Poincaré
führte alle Argumente an über die letzten Jahre vor
dem Ausbruch des Krieges, wie sie bereits durch die Wei-
bücher bekannt sind.

England und Amerika.

Mz. London, 10. Febr. (Drahtbericht.) Das Haupt-
thema der englischen Presse ist ein von amerikanischen
Blättern aus London gebrachter Bericht über die Unter-
redung eines hohen Beamten des britischen Auswärtigen
Amtes mit amerikanischen Journalisten in London, in
der der englische Beamte davor gewarnt haben soll, das
amerikanische und englische Volk voneinander zu entfremden.
Der Beamte soll erklärt haben: „Wir gehen auf dem
Wege, der zum Krieg führen muß.“ Dieser Be-
richt wird von der Daily Press und der United Press in den
Vereinigten Staaten verbreitet, was dort begreiflicherweise
Aufsehen hervorgerufen hat. Er beruht — wie in einem
amtlichen Dokument und in englischen Blättern mitgeteilt
wird — auf einer falschen Darstellung der Tatsachen.
Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte
hohe Beamte des Auswärtigen Amtes war der britische
Botschafter in den Vereinigten Staaten, Sir Auckland
Wedderburn, der in einer vertraulichen Unterredung mit den
amerikanischen Journalisten in London die Fragen der eng-
lisch-amerikanischen Beziehungen erörtert hatte. Der Haupt-
sachverhalt der Unterredung war die Notwendigkeit eines
engen Einvernehmens zwischen Großbritannien und
den Vereinigten Staaten zu betonen.

Wie die „Times“ meldet, hat die Mehrzahl der ameri-
kanischen Berichterstatter in einer Sonderklausur die Frage
ihrer zukünftigen Beziehungen zu den Vertretern der Daily
Press und der United Press erörtert. „Daily Express“
meldet aus New York, das Staatsdepartement habe den
amerikanischen Botschafter in London beauftragt, beim Aus-
wärtigen Amt Erklärungen in dieser Angelegenheit ein-
zuholen. Sollte es sich bestätigen, daß Sir Auckland Wedder-
burn amerikanischen Berichterstattern gegenüber von der
Richtigkeit eines Krieges zwischen Amerika und
England gesprochen habe, so unterliege es keinem Zweifel,
daß dies auf keine Stellung bei der ausstehenden ameri-
kanischen Regierung ohne Einfluß bleiben könne.

„Daily Chronicle“ zufolge hat Wedderburn das Wort
Krieg bei der Unterredung gar nicht in den Mund ge-
nommen. Die Blätter nehmen auch in ihren Leitartikeln
zu dieser Angelegenheit Stellung. Die „Times“ meint, es
sei leicht begreiflich, daß eine Verdrehung der Worte
des hohen britischen Beamten, besonders in deutschfreund-
lichen und englandfeindlichen Blättern willkommen sei. Die
Rede Wedderburns in Birmingham und die allgemeine
Bestimmung, die sie in den Vereinigten Staaten gefunden
habe, seien schmerzliche Schläge für diese Kreise. Und an-
scheinend lachten sie leicht über diese Gerüchte. Das
Blatt fährt fort, England sei zum Teil selbst Schuld an einem
solchen Zwischenfall. Es bestehe keine amerikanische Politik,
beim keine klare auswärtige Politik in einer Anzahl von
Fragen. Es bestehe kein auswärtiges Amt, das sei von
Lord George verdrängt worden. Unter Hinweis auf die
zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen, die die
Kabel, die englische Schuld an Amerika, die Missionen zur
See, die englisch-japanischen Beziehungen sowie die Petro-
leumfrage, schreibt das Blatt weiter: Es sei erkennbar, daß
in amtlichen Kreisen Washingtons und im Konkrete allge-
meine die Ansicht verbreitet sei, ein Bruch zwischen
Amerika und England wegen dieser Fragen er-
scheine unbedenklich. Es sei jedoch im Interesse beider
Nationen wünschenswert, daß die Behandlung dieser
Fragen nicht länger der zufälligen Diplomatie überlassen
werde. Die englische auswärtige Politik müsse auf funda-
mentaler Grundlage beruhen. Ein Hauptvorwand dieser
Grundlage müsse sein ein aufrichtiges Einvernehmen
mit Frankreich. Eine herzliche, wahre Freundschaft mit
Amerika sei die notwendige Ergänzung.

Bewertender Eisenbahnerstreik in England.

Mz. London, 10. Febr. Wie die Blätter melden, droht
ein Streik der Eisenbahner in der nächsten Woche auszu-
brechen. Einige Mitglieder des Verbandes der Lokomotiv-
führer und Heizer waren bei der vor Kurzem stattgefun-
denen Schiedserei in Mallon (Irland) ums Leben gekommen.
Der Vollzugsausschuß fordert jetzt von der Regierung eine
Untersuchung dieser Angelegenheit. Der Ausbruch droht,
daß alle Mitglieder des Verbandes in den Ausland treten
werden, wenn die Untersuchung nicht stattfindet. Der
Generalsekretär des Verbandes erklärt, die Lage sei sehr
ernst.

Zwangsanleihe und Vermögensabgabe in Polen.

W.T.B. Warschau, 9. Febr. Der Finanzminister
Stecowski entschloß sich, von dem Gesetz über eine
Zwangsanleihe Gebrauch zu machen, und beauftragte
den Finanzminister Kobarski mit der Ausarbeitung der dies-
bezüglichen Verfügung. Ein Entwurf der Verfügung wurde
dem Minister zur Beachtung bereits vorgelegt. Ang-
hängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über
den Entwurf einer einmaligen Vermögensab-
gabe beraten.

Bolschewistische Truppenzusammenziehungen.

D. Kasan, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Aus Kasan
wird mitgeteilt, daß die Bolschewiken in der Umgegend
Truppen in Stärke von 80000 Mann konzentriert haben.
Kasans Grenze werden in aller Eile unter Mitarbeit der
Bolschewistischen Befestigungen und Schützengräben er-
richtet. Die Bolschewiken berufen immer weitere Zube-
gänge ein.

Zusassung der deutschen Sprache in der rumänischen Kammer.

D. Bukarest, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Infolge
einer Intervention des rumänischen Abgeordneten
Rudolf Brandis ist die deutsche Sprache vom rumänischen
Kammerpräsidenten ausdrücklich als gleichberechtigt an-
erkannt worden.

Sozialistische Bewegung in Chile.

D. London, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Be-
wegung unter der Arbeiterklasse in den Salpetergebieten
von Chile breitet sich aus. Die Arbeiter beschäftigen die
Salpeterindustrie zu sozialisieren. Die Regierung hat
Truppen und Kriegsschiffe entsandt.

